

# Der Staat als Partner

von Franz-Reinhard Habel

**e-Government ist der Grundbaustein für eine offene Bürgergesellschaft. Die Partizipation erhält eine neue Dynamik durch die Vernetzung von Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern.**

**T**ransparenz, Offenheit und Wettbewerb sind die zentralen Treiber einer offenen Gesellschaft. Sie sichern Freiheit in der Welt von morgen. Noch nie konnten Menschen in den Industriestaaten über soviel Informationen verfügen wie in der heutigen Zeit. Dieser Trend wird durch die zunehmende Vernetzung in Gesellschaft und Wirtschaft weiter zunehmen. Alles wird öffentlich. Nichts bleibt mehr hinter verschlossenen Türen; das gilt auch für Politik und Verwaltung. Der freie Zugang zu immer mehr Informationen führt dazu, dass geschlossene Machtstrukturen sich auflösen; Bürger erhalten mehr Macht und Kontrolle. Empowerment by People heißt die Devise.

Verbraucher bringen heute durch eigenverantwortete Websites selbst große multinationale Unternehmen an den Abgrund, wenn beispielsweise die Produktion, obwohl verpflichtend angekündigt, nicht umweltgerecht abläuft. Sie wollen wissen, welche Stoffe sich in Produkten befinden, wie sie sich zusammensetzen, wie und wo sie produziert wurden, ob Kinderarbeit in die Wertschöpfungskette einfließt, wie nachhaltig die Produkte sind. Die Inhalte von immer mehr Produkten werden bis ins Detail öffentlich. Diese Transparenz der Produkte gilt künftig auch für das, was die öffentliche Hand ih-

ren Bürgern und Unternehmen an Leistungen anbietet.

Bürger vernetzen sich mittels internationaler Protestwebsites und verlangen eine nachhaltige, an den Interessen der Bürger orientierte Politik. Non Government Organizations (NGOs) machen Druck auf Politik und Verwaltung und organisieren sich

zunehmend im Internet. Seattle, Prag, Davos, Göteborg und Genua sind Orte und Synonyme für internationale Proteste gegen die Globalisierung. Ein großer Teil der Aktionen wurde generalstabsmäßig über das Internet organisiert. Modernste Contentmanagement-Systeme strukturieren Informationen und organisierten wirkungsvolle Kampagnen.

So genannte Independent Medien Center bauen unabhängig von etablierten Agenturen neue Informationskanäle auf. Weltweit gibt es bereits mehr als 50 dieser Einrichtungen. Diese Entwicklung bleibt



Informationstechnik: Partizipation durch Vernetzung.

aber nicht auf internationale Proteste und Aktionen beschränkt. Im Frühjahr 2001 wurde in Deutschland der Castortransport im Internet live per Webcam begleitet. An zentralen Punkten auf der Strecke waren mobile Kameras installiert, die den Transport öffentlich machten und zu Aktionen aufriefen. Immer mehr Bürger machen im Internet mobil. Das gilt auch für die regionale und die lokale Politik. In Sarstedt bei Hannover haben sich die Bewohner eines Neubaugebietes auf einer Website zusammengefunden, um Verbesserungen ihrer Wohnsituation zu erreichen. Immer mehr Com-

munities entstehen, die wichtige Themen und Probleme aufgreifen und sich um tragfähige Lösungen bemühen.

Durch die Möglichkeiten der Vernetzung erlangt die Partizipation eine ungeheure Dynamik und wird damit zur einer neuen Kraftquelle der Bürger. Was das bedeutet, zeigt auch das Thema Mobilfunk und Gesundheit. Noch sind die etwa 1.200 Bürgerinitiativen in Deutschland, die gegen den Ausbau des Mobilfunks mobil machen und gesundheitsverträgliche Technologien fordern, nicht optimal vernetzt. Milliarden Mark an Investitionen der Unternehmen in Lizenzen, den Ausbau von Infrastrukturen und für Anwendungen geraten plötzlich durch Proteste in Gefahr. Einseitige Aufklärungskampagnen der Betreiber nutzen wenig. Gefordert sind konzentrierte Aktionen mit allen Beteiligten: den Betreibern, Kommunen, Bürgerinitiativen, Politikern und Wissenschaftlern. Das Beispiel zeigt stellvertretend, welche Dynamik in der Vernetzung liegt, aber auch die Notwendigkeit, flexible Problemlösungsstrukturen aufzubauen. Die Zeiten, in denen der Staat alles allein bestimmen kann, sind vorbei.

In der Informations- und Wissensgesellschaft haben Bürger und Unternehmen neue Erwartungen und stellen andere Anforderungen an die Politik und öffentliche Verwaltung. Der Wandel zur Netzwerkgesellschaft mit immer dichter werdenden weltweiten Verknüpfungen verwandelt Politik und Verwaltung zu gleichwertigen Knoten im Netzwerk mehrerer Akteure, in welchem Bürger eine immer bedeutendere Rolle einnehmen.

Bürger und Unternehmen möchten von überflüssiger Bürokratie und

damit von Kosten befreit werden, mehr Angelegenheiten selbstverantwortlich regeln und zeitgemäße, auf die Informations- und Wissensgesellschaft abgestimmte Produkte und Dienstleistungen von den Kommunen und vom Staat schnell und preiswert just in time erhalten. Bürger und Unternehmen verlangen nach einer transparenten, offenen und wettbewerbsorientierten Verwaltung, die die Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Prozessen und Entscheidungen verbessert. Wachstum und Beschäftigung hängen auch davon ab, wie gut und schnell Staat und Kommunen ihre Dienstleistungen erbringen. e-Government muss sich diesen Ansprüchen stellen und konsequent neue Informations- und Kommunikationstechniken zur Neupositionierung des Staates und der Kommunen im 21. Jahrhundert nutzen. Es gilt, die Balance zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft neu auszutarieren.

e-Government ist der Grundbaustein für eine offene Bürgergesellschaft. Der Blick von innen nach außen wird ersetzt durch den Blick von außen nach innen. Stehen heute noch Verwaltungen im Mittelpunkt der Betrachtung, sind es morgen Bürger und Unternehmen. Um sie herum werden sich Verwaltungen aufbauen und ihre Leistungen den Bürgern und den Unternehmen individuell an-

bieten. Bürger werden sich selbst verwalten, sich in Netzwerken zu neuen Dialogen und Kooperationen untereinander und mit Verwaltungen zusammen finden.

Themenorientierte Communities entstehen über Gemeindegrenzen hinweg. Sie bilden die Basis für mehr Bürgerengagement. Nachbarschaftsnetzwerke übernehmen öffentliche Aufgaben in eigener Verantwortung. Staat und Kommunen werden den Rahmen für die Selbstverwaltung des Bürgers erweitern und die Plattform für Austausch und Kommunikation zur Verfügung stellen. Politik und Verwaltung werden nicht mehr die Bilder vorzeichnen, nach denen die Bürger zu leben haben. Aufgabe der Politik ist es, die Selbstentfaltungskräfte der Menschen weiter zu entwickeln und zu stärken. Zwischen Bürger, Kommune und Staat entstehen mehr und mehr Partnerschaften. Vom Vater Staat zum Partner Staat lautet die Botschaft. Nachbarschaften übernehmen zum Beispiel den Betrieb eines Kindergartens in eigener Regie. Kommune und



Bürgerhaus: Bürger werden sich selbst verwalten.



Vernetzte Verwaltung.

Bürger schließen hierüber einen Vertrag, der Rechte und Pflichten regelt. Öffentliche und private Aufgaben vermischen sich zu Public-Private-(Citizen-)Partnerships.

Ein solcher Paradigmenwechsel hin zum Partner Staat wird durch die zunehmende Vernetzung der Gesellschaft und Wirtschaft durch neue Kommunikationstechnologien beschleunigt. Es entwickelt sich eine netzwerkbasierte Verwaltung, die Bürger und Unternehmen als Kunden in die Netzwerke mit einbezieht. e-Government ist ein hochpolitisches und äußerst wichtiges Thema. Wer es vernachlässigt, verschenkt nicht nur Chancen, sondern nimmt den Bürgern Möglichkeiten der Entwicklung. Die Verantwortung der Politik in der Informations- und Wissensgesellschaft nimmt deshalb nicht ab, sondern zu; allerdings geprägt von anderen Prämissen. e-Government begrenzt sich nicht auf die Rechnerausstattung der Kommunen mit PC. Notwendig sind strategische Konzepte, die den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen und

die Politikbereiche verschiedenen Verwaltungsebenen ganzheitlich miteinander verknüpfen.

e-Government führt zur Globalität. Die Welt als Global Village mit ihrer grenzenlosen Echtzeitkommunikation verstärkt den Wunsch der Bürger nach

Orientierung. Es gilt, eigene Werte zu finden und diese als Haltepunkte zu bestimmen. Je globaler die Welt wird, desto stärker die Sehnsucht nach Heimat und Überschaubarkeit. Eine neue Renaissance des Lokalen entsteht: Immer weniger Menschen interessieren sich für nationale politische Ziele. Im Vordergrund steht die eigene Kultur, die unmittelbare Umwelt, die Lokalität, in der sich die Menschen gerade aufhalten. Authentizität ist angesagt. Für ihre speziellen Lebenssituation möchten sie konkrete Informationen, Produkte und Dienstleistungen haben.

e-Government macht Bürger selbstbewusster. Bürger wollen wissen, was der Staat oder ihre Gemeinde mit den Steuergeldern machen. Sie wollen Verwaltungsleistungen schnell und preiswert haben und nicht um 16.30 Uhr vor einer geschlossenen Tür stehen, um ein Formular abzuholen. Bis in die 70er Jahre waren Bürger und Unternehmen vielfach Objekte der Politik. Fürsorge und Betreuung standen im Vordergrund. Gefragt wurde kaum nach

der Eigenverantwortung. Der Staat setzte die Ziele, die Menschen orientierten sich daran. Mitte der 70er Jahre nahm die Kommunikation zwischen Bürger und Staat/Kommune zu. Dialoge ergänzten die einseitige Kommunikation.

Heute stehen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wieder vor einer grundlegenden Veränderung: Internationale Verflechtungen, Globalisierung und neue Technologien führen dazu, dass die nationalen Staaten an Autorität verlieren und vor allen Dingen soziale Errungenschaften nicht mehr garantieren können. Alles ist fragil geworden. Bürger beginnen vor dem Hintergrund, dass der Staat nicht mehr alles finanzieren und garantieren kann, für sich selbst mehr Verantwortung zu übernehmen. Sie sind besser ausgebildet, haben einen besseren Zugang zu mehr Informationen und werden dadurch entscheidungsreifer. Bürger emanzipieren sich mehr und mehr vom Staat und von der Kommune. Ihre Bereitschaft, Partnerschaften auf Zeit mit dem Staat oder der Kommune einzugehen, entwickelt sich. Gut informierte Bürger und Unternehmen, Offenheit der Politik und Transparenz der Verwaltung sind die neuen Bausteine für das Haus der Zukunft.

*Franz-Reinhard Habel ist Pressesprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Berlin und Mitglied in zahlreichen Kommissionen zum e-Government und Neuen Medien.*

## Web-Service

Weitere Artikel zum e-Government und Informationen zum Autor unter

- [www.habel.de](http://www.habel.de)